

# Marokko macht die Drecksarbeit

Die EU sucht nach Wegen aus der Migrationskrise. Gemäss neuem Plan sollen Auffanglager in und vor allem ausserhalb der EU betrieben werden. Dies setzt die Kooperation von Drittstaaten voraus. Ein Staat arbeitet seit Jahren mit Europa: Marokko. Das Land tut, was der EU am liebsten wäre: Es vertreibt die Migranten. **Von Beat Stauffer**

Die Jacht, die unweit der spanischen Enklave Ceuta mit drei Jetskis an Bord vor Anker lag, fiel der spanischen Guardia Civil auf. Jetskis werden häufig von zahlungskräftigen Migranten für die Überfahrt nach Spanien genutzt. Als die Guardia den Besitzer der Jacht kontrollieren wollte, reagierte dieser unwirsch. «Wissen Sie nicht, wer ich bin?», herrschte sie der Mann an. Es war niemand anders als König Mohammed VI., der König von Marokko. Wie die spanische Zeitung «El Mundo» berichtete, löste er das Problem nach einem kurzen Telefongespräch mit dem spanischen König Felipe VI.

Dieser kleine Zwischenfall vom 7. August 2014 konnte das ausgezeichnete Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf beiden Seiten der Meerenge von Gibraltar nicht trüben. Spätestens seit den islamistischen Attentaten auf mehrere Züge in Madrid im Jahr 2004 sind die beiden Länder Partner in Sicherheitsfragen. Und seit dem ersten grossen Sturm auf die Grenzbefestigungen der beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Jahr 2005 sind sie es auch in Migrationsfragen.

Ohne eine enge Kooperation mit Marokko wäre es Spanien weder möglich gewesen, die Hintermänner der zumeist marokkanischstämmigen Extremisten ausfindig zu machen, noch die illegale Einwanderung einzudämmen. Umgekehrt war und ist Marokko dringend auf eine grosszügige Politik gegenüber den rund 250 000 illegal in Spanien lebenden Marokkanern angewiesen. Marokko wünscht sich zudem Unterstützung für seine Politik in der Westsahara, aber auch Investitionen spanischer Unternehmen.

## Zermürbungspolitik

Diese Interessenlage führt dazu, dass Marokko mit grosser Härte gegen Migranten vorgeht, die in der Umgebung der beiden Enklaven Ceuta und Melilla in primitiven Lagern hausen und auf eine Gelegenheit warten, über die Zäune zu klettern. Da diese Gebiete Sperrzonen sind, zu denen weder Journalisten noch andere Beobachter Zugang haben, ist das meiste, was dort geschieht, nur

durch Aussagen von Migranten dokumentiert. Diese berichten von Razzien der marokkanischen Sicherheitskräfte, welche die Lager regelmässig zerstörten, Migranten festsetzten und in Lastwagen in weit entfernte Landesteile verfrachteten. Für die mittellosen jungen Männer ist es in der Folge sehr schwierig, sich wieder in Richtung Mittelmeer zu begeben. Derartige Razzien, so erzählt Said Tbal, Aktivist der Menschenrechtsorganisation AMDH, hätten kürzlich auch in der Nähe der Stadt Tanger stattgefunden.

Verschiedene Organisationen behaupten sogar, es komme an den schwer bewachten Befestigungsanlagen von Ceuta und Melilla regelmässig zu direkten, sogenannten heissen Rücküberstellungen afrikanischer Migranten an die marokkanischen Grenzschützer. Fest steht, dass Marokko Migranten aus dem subsaharischen Afrika mit sehr harten Mitteln von einer Weiterreise nach Europa abhält. Es handelt sich um eine Art Zermürbungspolitik. Damit ist es gelungen, den Migrationsstrom zwischen Marokko und Spanien jahrelang tief zu halten. Der Vergleich in Zahlen: Gelangten im Jahr 2017 rund 22 000 Migranten nach Spanien, waren es in Italien über 181 000.

Problematisch ist, dass politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge in Marokko praktisch keine Möglichkeit haben, ein Asylgesuch zu stellen: weder bei den europäischen Botschaften in Rabat noch bei den marokkanischen Behörden. Sie können sich einzig an das Uno-Flüchtlingswerk wenden, erhalten dort aber kein Asyl.

Rechtlich besteht zwischen Marokko und Spanien ein Rückübernahmeabkommen, allerdings ausschliesslich für marokkanische Staatsbürger. Diese können, wenn sie auf Fährschiffen, in Containern, auf Lastwagen oder auf kleinen Booten von spanischen Sicherheitskräften aufgegriffen werden, direkt den marokkanischen Grenzschützern überstellt werden. Das gilt auch dann, wenn die Flüchtlinge auf Jetskis erwischt werden. Marokko weigert sich allerdings standhaft, Migranten aus anderen Ländern, die spanischen Boden erreicht haben, zurückzunehmen.

Zudem bot Marokko afrikanischen Migranten, die im Land gestrandet waren, an, ihren Aufenthalt unter gewissen Bedingungen zu legalisieren. Über 30 000 Menschen haben seit Anfang 2014 Papiere erhalten und können fortan legal in Marokko leben, wenn auch unter zumeist prekären Bedingungen.

## Gendarm Europas

Die marokkanische Migrations- und Asylpolitik wird von Nichtregierungsorganisationen im Land und von einem Teil der Öffentlichkeit hart kritisiert. Marokko erledige gewissermassen die schmutzige Arbeit und mache sich damit zum «Gendarmen für Europa», schrieb etwa der Soziologe Mehdi Alioua. Andere legen den Fokus vor allem auf die angeblich ungenügende Abgeltung, die Marokko für seine Zusammenarbeit mit Spanien erhalte, so etwa Mehdi Lahlou, Professor an der Universität Rabat. In der Tat erhält Marokko für seine Leistungen im Bereich der Migrationssteuerung keine direkten Geldzahlungen.

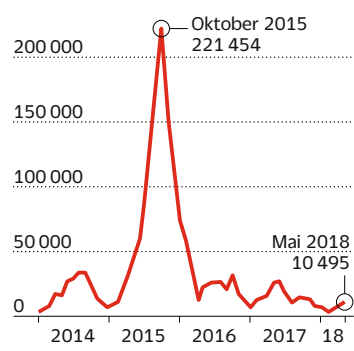
In letzter Zeit hat das enge Verhältnis zwischen Spanien und Marokko aber gelitten. Zum einen sind die bis vor kurzem noch weitgehend abgeriegelten Grenzen deutlich durchlässiger geworden. Tausenden von Migranten ist es gelungen, die Grenzanlagen bei Ceuta und Melilla zu stürmen und von der Umgebung von Tanger aus nach Südspanien abzuweichen. Konservative Kreise in Spanien vermuten, dass der Nachbar im Süden ab und zu bewusst etwas weniger überwacht, um Druck auf Spanien und auf die EU auszuüben.

Streitpunkt ist dabei vor allem das Landwirtschaftsabkommen zwischen Marokko und der EU, das wegen der Westsahara-Frage blockiert ist. Dass die genannte Vermutung nicht völlig aus der Luft gegriffen ist, zeigt eine Aussage des mächtigen Landwirtschaftsministers Aziz Akhannouch. «Wie sollen wir unsere Arbeit machen und die Emigration der Afrikaner blockieren, wenn Europa nicht mit uns zusammenarbeiten will?», fragte er.

Solche Machtspiele mit Drittstaaten wird Europa künftig wohl häufiger austragen müssen.

## Kurzer Auschlag nach oben

Ankommende Bootsflüchtlinge in Spanien, Italien und Griechenland



Quelle: Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR)

**Marokko, so der Vorwurf, überwacht etwas weniger, um Druck auf Spanien und die EU auszuüben.**



Afrikanische Migranten überwinden den Zaun zwischen Marokko und der spanischen Enklave Ceuta.

## Europäische Union

### So soll das Problem der Migration gelöst werden

**Auffanglager ausserhalb der EU:** An ihrem Gipfel haben sich die EU-Staaten diese Woche bei der heftig umstrittenen Flüchtlingspolitik allem voran auf einen strengen Schutz der Aussengrenzen Europas geeinigt. Wichtigste Massnahme ist, die Einrichtung von Auffanglagern ausserhalb der EU zu prüfen. Solche fordern etwa die Regierungschefs Österreichs und Dänemarks, Sebastian Kurz und Lars Lökke Rasmussen, oder EU-Ratspräsident Donald Tusk.

Die Idee ist, statt im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge nach Europa zu bringen, besser die Menschen in Auffanglagern in den Ländern zu schaffen, von denen die Boote

abgehen. Die EU spricht sperrig von «Anlandungsplattformen».

Die Lager sollen zusammen mit den Standortstaaten sowie mit dem Uno-Flüchtlingshilfswerk und der Uno-Migrationsorganisation aufgebaut werden. Letztere sind bereits in einem EU-finanzierten Asylzentrum in Niger tätig.

In den Lagern würden die Flüchtlinge befragt. Dies soll in vollem Einklang mit internationalem Recht erfolgen und ohne Migranten anzuziehen. Im Musterlager in Niger heisst das: Flüchtlinge mit Anspruch auf Schutz werden auf EU-Staaten, die sich dazu bereit erklären, verteilt. Zuwanderer ohne Schutzanspruch

unterstützt man bei der Rückkehr in ihre Heimatländer.

Ziel ist es, den Anreiz zu beseitigen, sich auf die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer aufzumachen, und den Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen.

Tunesien, Libyen und Marokko, aber auch Albanien haben sich bereits deutlich gegen den Bau von EU-Auffanglagern auf ihrem Staatsgebiet ausgesprochen.

**Auffanglager in EU-Staaten:** Zusätzlich zu den Asylzentren ausserhalb der Europäischen Union wollen die Mitgliedstaaten auch Auffanglager innerhalb der EU einrichten. Das haben Frank-

reichs Präsident Emmanuel Macron und der spanische Regierungschef Pedro Sánchez vorgeschlagen. Diese «kontrollierten Zentren» sind ebenfalls erst in Umrissen erkennbar.

Die Auffanglager sollen in verschiedenen EU-Staaten errichtet werden, allerdings nur in solchen, die sich freiwillig dafür zur Verfügung stellen. Im Mittelmeer gerettete und nach Europa gebrachte Bootsflüchtlinge würden dorthin überführt.

«Kontrolliert» ist eine beschönigende Bezeichnung. In Tat und Wahrheit wären die Zentren geschlossen – im Unterschied zu den bereits bestehenden Hot-

spots in Italien und Griechenland. Denn in ihnen soll ein beschleunigtes, aber faires Asylverfahren durchgeführt werden. Gesetzwidrig eingereiste Zuwanderer würden abgeschoben, schutzbedürftige Flüchtlinge dürften in der EU bleiben.

Die Flüchtlinge mit Anspruch auf Schutz sollen auf EU-Länder verteilt werden. Auch dies würde aber auf Freiwilligkeit beruhen. Die Idee der Auffanglager soll ausserdem der hängigen Reform der Dublin-Verordnung, gemäss der Flüchtlinge nur in ihrem Ankunftsland Asyl beantragen dürfen, nicht vorgreifen. *Victor Merten*